

Protokoll

Sitzung des Grünflächenausschusses

Sitzung: Freitag, 26.01.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 13:30 Uhr

Ende: 15:12 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Dr. Rainer Mühlnickel - B90/GRÜNE

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Herr Peter Edelmann - CDU

Frau Susanne Hahn - SPD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Nicole Palm - SPD

Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Herr Kurt Schrader - CDU

Vertretung für: Herrn Thorsten
Wendt

Herr Frank Weber - AfD

Frau Simone Wilimzig-Wilke - SPD

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Mirco Hanker -

Herr Wilfried Kluth -

Frau Barbara Räder -

Herr Manfred Weiß -

Verwaltung

Herr Christian Geiger - Dezernent VII

Herr Michael Loose - Verwaltung

Herr Thomas Rudolf - Verwaltung

Herr Heinrich Knobloch - Verwaltung

Herr Oliver Düber - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Thorsten Wendt - CDU
Herr Uwe Burkschat-Friedrichs -
Herr Carsten Wurm -

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.12.2017
- 3 Mitteilungen
- 4 Anträge
 - 4.1 Herbizidfreies Braunschweig 17-04455
 - 4.1.1 Herbizidfreies Braunschweig 17-04455-01
 - 4.1.2 Herbizidfreies Braunschweig 17-04455-02
 - 4.1.3 Änderungsantrag zu 17-04455: Herbizidfreies Braunschweig 18-06769
- 5 Anfragen
 - 5.1 Fördergelder Landesverband Brg. der Gartenfreunde e.V. 18-06532
 - 5.1.1 Fördergelder Landesverband Brg. der Gartenfreunde e.V. 18-06532-01
- 6 Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig vom 20. Juni 2017 18-06330

Nichtöffentlicher Teil:

- 7 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 8 Mitteilungen
- 9 Anfragen
- 10 Auftragsvergabe Elektromobilitätskonzept Stadt Braunschweig 18-06523

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Dr. Mühlnickel eröffnet die Sitzung und stellt nach der Begrüßung fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben ist.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.12.2017

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 3

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge

4.1. Herbizidfreies Braunschweig 17-04455

Es wurde über den Änderungsantrag (18-06769) als weitergehender Antrag abgestimmt.

4.1.1. Herbizidfreies Braunschweig 17-04455-01

4.1.2. Herbizidfreies Braunschweig 17-04455-02

4.1.3. Änderungsantrag zu 17-04455: Herbizidfreies Braunschweig 18-06769

Ratsherr Dr. Büchs erläutert den Änderungsantrag.

Hr. Loose gibt verwaltungsseitig Hinweise zu den Ziffern 2 und 3 des Änderungsantrags in Zusammenhang mit dem Antrag „Herbizidfreie Pflege von Tennenplätzen“ zum Haushalt 2018, dem im letzten Finanz- und Personalausschuss zugestimmt wurde. Im Zusammenhang mit der Ziffer 4 verweist Hr. Loose auf die bisherige Berechnung für den Verzicht auf Herbizide in der städtischen Grünflächenpflege, wonach zur Kompensation dauerhaft zusätzlich Haushaltsmittel i. H. v. 325 TEUR zur Verfügung gestellt werden müssen. Die berechnete Summe würde durch das Zurverfügungstellen des Personals gemäß Ziffer 4 des Antrages noch nicht einmal zu 50 Prozent erreicht. Dennoch erklärt sich die Verwaltung für das Jahr 2018 einmalig mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden und regt eine Evaluierung im Herbst diesen Jahres an, bei der die Auswirkungen dieser Maßnahme betrachtet werden sollen. Da die Ziffer 4 sich nur auf das Jahr 2018 bezieht, würde die Verwaltpflichtung zum Herbizidverzicht ab 2019 wieder entfallen.

Herr Erster Stadtrat Geiger unterstreicht dies im Folgenden und stellt fest, dass es sich beim Jahr 2018 um ein Übergangsjahr handelt. Danach würde die Verwaltung ohne zukünftige Beschlüsse zur Kompensation des Mehraufwands wieder zu der bisherigen Praxis des Herbizideinsatzes zurückkehren müssen.

Ratsfrau Palm regt unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bei der Erstellung von Konzepten zum Herbizidverzicht bei den städtischen Gesellschaften an und berichtet von zielführenden Gesprächen mit der Nibelungen-Wohnbau GmbH.

Ratsfrau Mundlos wertet dies als gute Signale und bittet um eine rechtzeitige Evaluation. Auch Ausschussvorsitzender Ratsherr Dr. Mühlnickel und Ratsfrau Wilimzig-Wilke werten den nunmehr modifizierten Antrag als guten Konsens.

Herr Loose stellt noch einmal heraus, dass die besprochene Problematik nur die Grünflächen und nicht befestigte Flächen im Straßenraum, wie beispielsweise Gehwege, plattierte und gepflasterte Flächen, umfasst.

Ratsherr Möller sieht den Antrag in Bezug auf die Ökobilanz kritisch.

Ratsherr Weber betrachtet die Ziffern 2 und 3 als zu restriktiv und nicht notwendig.

(Protokollnotiz: Nach der Sommerpause 2018 soll rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen 2019 eine Evaluation der in Ziffer 4 vorgeschlagenen Maßnahme erfolgen.)

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss, wobei die Ziffern 1 bis 4 einzeln abgestimmt werden:

„1. Der Rat bittet die Verwaltung, darauf hin zu wirken (z.B. durch Anregung von Modellprojekten), dass in den städtischen Gesellschaften Braunschweiger Verkehrs-GmbH, Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH, Städtisches Klinikum gGmbH und Nibelungen-Wohnbaugesellschaft GmbH (NiWo) künftig möglichst keine Herbizide mehr eingesetzt werden.

2. Sofern es zu der vorgesehenen Ausweisung von vier dauerhaften Saisonpflegestellen für die Tennenpflege kommt, wird die Verwaltung beauftragt, künftig keine Anträge auf Ausnahmegenehmigungen zum Ausbringen von glyphosathaltigen Herbiziden auf Nichtkulturland beim zuständigen Pflanzenschutzamt der Landwirtschaftskammer Niedersachsen mehr zu stellen.

3. Sofern es zu der vorgesehenen Ausweisung von vier dauerhaften Saisonpflegestellen für die Tennenpflege kommt, wird in Zukunft auf Tennenflächen nur das Heißwasser-Schaum-Verfahren oder andere Verfahren ohne Herbizideinsatz zur Beseitigung von Spontanvegetation (Wildkräutern) angewendet.

4. Die im Stellenplan 2018 mit kw-Vermerk versehenen fünf Saisonstellen werden dafür verwendet, die Grünflächenpflege zu verstärken. Die Fachverwaltung verzichtet im Gegenzug im Jahr 2018 auf den Einsatz von Herbiziden in der Grünflächenpflege.“

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ziffer 2:

Dafür: 10 Dagegen: 1 Enthaltungen: 0

Ziffer 3:

Dafür: 10 Dagegen: 1 Enthaltungen: 0

Ziffer 4:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Anfragen

5.1. Fördergelder Landesverband Brg. der Gartenfreunde e.V. 18-06532

5.1.1. Fördergelder Landesverband Brg. der Gartenfreunde e.V. 18-06532-01

Ratsherr Weber erläutert die Anfrage. Herr Erster Stadtrat Geiger führt aus, dass sich die städtische Zuwendungspraxis unabhängig von Anfragen der AfD-Fraktion entwickelt hat und trägt anschließend die Stellungnahme der Verwaltung vor.

6. Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig vom 20. Juni 2017 18-06330

Herr Düber erläutert die Änderungen im Bereich Heidbergsee, die Herr Erster Stadtrat Geiger für den Bereich des Nußbergs ergänzt. Ratsfrau Mundlos, Ratsherr Dr. Büchs, Ratsfrau Johannes und Ratsfrau Wilimzig-Wilke begrüßen die Vorlage und stellen insbesondere die große Fläche und die Positivkarte heraus. Herr Hanker plädiert für die Ausweisung zusätzlicher Flächen für Hundebesitzer im Stadtgebiet.

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Die beigefügte Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz vor Lärm in der Stadt Braunschweig wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Nichtöffentlicher Teil:

7. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Dr. Mühlnickel eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

8. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

9. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

10. Auftragsvergabe Elektromobilitätskonzept Stadt Braunschweig 18-06523

Herr Erster Stadtrat Geiger stellt die Beschlussvorlage vor und erläutert dabei die konzeptionelle Herausforderung des Projektes - auch aufgrund steigender Digitalisierung - und die angedachte organisatorische Neuausrichtung des Fuhrparkmanagements in der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften. Zudem wird eine regelmäßige Berichterstattung der Verwaltung bis zum Projektende im Januar 2019 in Aussicht gestellt. In der anschließenden Diskussion wird auf Nachfrage berichtet, dass Ladeinfrastruktur- und Kostenbetrachtungen integriert sind. Da Braunschweig Teil einer Mobilitätsregion ist, steht u.a. die Prozessoptimierung und die effiziente Nutzung von Ressourcen im Vordergrund.

(Protokollnotiz: Der Förderaufruf des Bundesministeriums Verkehr und digitale Infrastruktur, BMVI, lautet: „Zweiter Aufruf zur Antragseinreichung für kommunale Elektromobilitätskonzepte gemäß 2.1.2 der Förderrichtlinie Elektromobilität des BMVI vom 09.06.2015“)

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

„Der Frank Tristram Unternehmensberatung, Lerchenfeld 18, 38118 Braunschweig, wird der Auftrag zur Erstellung eines Elektromobilitätskonzeptes für die Stadt Braunschweig in Höhe von 86.954,00 € erteilt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 1 Enthaltung: 0

gez. Dr. Mühlnickel

Dr. Mühlnickel
Vorsitzender

gez. Geiger

i. V.
Geiger
Erster Stadtrat

gez. Rudolf

i. A.
Rudolf
Protokollführung